



BENNO OHNESORG

Mord gehört zum System

Ohnesorg-Mörder Kurras freigesprochen
Schütz: Freispruch sichert Rechtsstaatlichkeit

DER 2. JUNI 1967

Bei einer Notstandsaktion gegen Demonstranten wurde der Westberliner Student Benno Ohnesorg von Kripo-Meister Karl-Heinz Kurras erschossen. Die gerichtsmethodische Untersuchung ergab zweifelsfrei, daß Ohnesorg aus nächster Distanz durch einen gezielten Schuß von hinten getötet wurde. Zunächst sollte versucht werden; Der Mediziner bekam keine Information über die Art der Verwundung, die Einschußwunde war heimlich verarztet worden. Als dennoch der Schuß als Todesursache erwiesen war, folgten binnen einem Tag 4 verschiedene Erklärungen: 1. Der Beamte habe sich gegen Messerstecher in Notwehr befunden, 2. Der Schuß habe sich aus Versehen, 3. Es sei absichtlich geschossen, aber nicht gezielt worden, 4. Ein Warnschuß sei von einer Mauer quergeschlagen. Der Untersuchungsbefund zeigte: alle vier waren gelogen. Die Anklage war nicht mehr zu vermeiden.



Der Mörder: Karl-Heinz Kurras

Der Oberhauptling der Mörderbande: Klaus Schütz („Regierender“ Bürgermeister), der für den Freispruch seines Komplizen sorgte



Foto: Zentralbild (2), AP

DER PROZESS

Doch der Prozeß begann erst am 3. November. Fünf Monate hatte der Mörder Kurras Zeit, Spuren zu verwischen. Für das Gericht hatte er eine 5. Variante bereit: Er habe in arger Bedrängnis (Messerstecher) einen Warnschuß abgegeben, und der zweite Schuß — der tödliche — habe sich unbeabsichtigt gelöst. „Beweis“: Sein stark beschmutzter Anzug und das defekte Magazin seiner Dienstwaffe. Doch den Anzug hatte Kurras so gleich in die Reinigung gegeben, das Magazin „vergessen“, mit der Dienstwaffe zusammen abzugeben — ein Kriminalpolizei-Meister mit 17 Dienstjahren!

Und das Gericht? Es stellte in der Urteilsbegründung ausdrücklich fest: „1. Benno Ohnesorg wurde getötet. 2. Der Schuß war eindeutig rechtswidrig. Weder Notwehr noch Notstand noch Putativ-Notwehr (vom Angeklagten irrtümlich angenommene Notwehr) hat vorgelegen.“ Außerdem: 3. Keiner der Zeugen hat Kurras in Bedrängnis gesehen. 4. Kein Demonstrant wurde ermittelt, der ein Messer oder dergleichen getragen hat. Schließlich: 5. Kurras hat vor Gericht geigen (wörtlich) Landgerichtsdirigenten Friedrich Geus; „K. hat es mit der Wahrheit nicht ernst genommen und hat weniger ausgesagt, als er weiß.“ Seine Aussagen vor Gericht widersprechen seiner Dienstmeldung.

Fünf Beweise für den Mord. Aber Freispruch!

Die ungeheuerliche Begründung: Es müsse „ihm zugute gehalten werden, daß er unter dem Druck und der Schnelligkeit der Ereignisse nicht die Sorgfalt habe aufbringen können, die den verhängnisvollen Schuß mit Sicherheit vermeiden hätte. Auch seiner vegetativen Labilität wegen sei ihm subjektiv die Erfüllung der Sorgfaltspflicht unter jenen Umständen nicht zumutbar gewesen.“

DI E DRAHTZIEHER

Schon vor und während des Prozesses gingen zahlreiche Eingaben beim Gericht ein, die Kurras' Freispruch forderten, weil „bei einer Verurteilung des Angeklagten kein Polizeibeamter mehr den Mut zum Schußwaffengebrauch aufbringen würde“. Aber diesen Mut verlangten die Notstandsaktivisten von ihrem Büttelei, Westberlins „Regierender“ Bürgermeister erklärte nach dem Urteil ausdrücklich, daß der Freispruch die „Rechtsstaatlichkeit“ sichere. Mut zum Schußwaffengebrauch gleich Rechtsstaatlichkeit!

FAZIT: Der Schuß auf Ohnesorg war gerichtsnotorisch rechtswidrig, war Mord. Doch wer auf Demonstranten schießt — in „unübersichtlichen“ Situationen —, kann nicht bestraft werden. Der Mut zum Mentschentöten muß erhalten werden. Das verlangt laut Schütz die Westberliner „Rechtsstaatlichkeit“. Die Ermordung politischer Gegner soll legitimer Bestandteil der Notstandsdictatur werden.

VI. DEUTSCHE IM GESPRÄCH: Willi Sitte

Seit einem Jahrzehnt gehört Willi Sitte zu jenen Malern, die ständig in der Diskussion sind, die eine permanente „Schlacht unterwegs“ durchkämpfen. Er ist ein Maler, der nicht im Erreichten beharrt, sich stets zu den brennenden Tagesfragen äußert, aber immer als Sitte, sehr subjektiv, Stellung nimmt. Er greift neue Themen auf, macht sie malbar und befruchtet so unsere Kunstentwicklung.

Sittes „Höllentanz in Vietnam“, einer der Hauptausstellungspunkte in der VI, ist ein neuer Höhepunkt seiner Malerei, eine Stufe seiner Entwicklung, auf der umfassende Rückschau, aber auch Vor-schau notwendig wird. Die daraus resultierende Frage „wie weiter?“ muß er mit Pinsel und Farbe selbst beantworten.

Am stärksten erscheinen mir die Seitenteile des Triptychons: Links malte er eine nackte Frau, ein Zeichen der ganzen Verletzlichkeit des Menschen, das Lebendige konträrrent mit den anonymen von oben ins Bild dröhnenden Gewehrläufen, rechts einen trummelnden Vietnamesen, wobei die Aussage der linken Tafel in eine militante Haltung notwendig wandelt. Dazwischen der eigentliche Höllentanz: mehrere Quadratmeter Chaos, Vernichtung, Vergeßlichkeit, ins Bild stößende MG-Läufe, Visagen der politischen Hintermänner, Blut. — Ein Höllentanz, in dem die Verdammten alles mitreißen. Hier liegt die Grenze des Bildes, es bleiben Fragen offen. Sitte treibt die Verschlüsselung der Aussage sehr weit, er geht bis an die Grenze der Esoterik. Es deutet sich die Gefahr an, daß Dinge, die entschleiert werden müssen, verkompliziert werden, weil sich der Maler davor hüten will, „simpel“ zu sein.

Sittes Beitrag in Dresden ist aber nicht nur durch den „Höllentanz“ bestimmt; das Doppelbildnis der Eltern, das Porträt Eric Neusch, sein „Warschauer Paar“, eine Mahnung an die Kämpfer des Warschauer Ghettos, weisen ihn als hervorragenden Maler aus.

Sein Neusch-Bildnis ist ein Versuch, über das oft zu sehende „Dasitzen“ hinauszugehen. Sitte macht Aktivität sichtbar, der Dargestellte sprengt fast den Bildrahmen. Im Elternbildnis ist starke malerische Auflösung erkennbar, grelles Licht und eine lockere Farbfaktur überspielen die Zeichnung. Bewundernswert ist bei dieser hingepfefferten Malerei die Bewältigung der wichtigsten Details, etwa der Hände. Daß er auch ein treffender Zeichner ist, machen sowohl seine Malereien als auch die ausgestellten Zeichnungen erkennbar.

Von seinen Versuchen zu „Lidice“ (1957) und dem Triptychon „Thälmannbrigade“ (1958), in denen er Formen von Guttuso und Picasso verarbeitet, über Ake, Brigadeführer, Tefala, in welchen er sich mit der Problematik „Stalingrad“ auseinandersetzt, dabei fremde Formeneinflüsse zurückdrängt, bis zur großen allegorischen Tafel „Lesung 1921“ (1966) ist ein ständiges Wachsen seiner Gestaltungskraft spürbar.

Sitte kann etwas! Aber nicht nur das allein ist wichtig, hat uns auch etwas zu sagen.

V. Frank

UZ 49/67, Seite 6

HOCHSCHULEN DDR

Theaterhochschule „Heinz Otto“

Als hohe Anerkennung ihres beständigen, erfolgreichen 20jährigen Bestehens, Schauspielers und Theaterwissenschaftler auszubilden, die fast auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaftsordnung stehen, erhielt die Theaterhochschule Leipzig den Namen des großen revolutionären Schauspielers und unvergessenen Kämpfers gegen den Faschismus Hans Otto. Diese Auszeichnung überbrachte der stellvertretende Kulturminister Dr. Wilfried Maab bei der Feierveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung der Hochschule.

DDR-Wissenschaftler in der Antarktis

An der 13. sowjetischen Antarktisexpedition beteiligten sich drei Forscher aus der DDR. Das im Auftrag der UdSSR in Wismar gebaute Expeditionsschiff „Professor Wiese“ mit der sowjetischen Expeditionsguppe, die Teilnehmer aus der DDR und Bulgarien an Bord ist am 18. November von Leningrad aus zu seiner ersten Antarktisfahrt ausgelaufen.

Freundschaftsvertrag Dresden-Leningrad

Mitglieder des Senats der Medizinischen Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden unter Leitung des Rektors, Prof. Dr. Simon, sind nach Leningrad abgereist, um mit dem I. Leningrader Medizinischen Institut „I. P. Pawlow“ einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Dieser Vertrag sieht eine ständige Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Forschung, Ausbildung und Erziehung der Studenten zu sozialistischen Ärzten vor. Zwischen beiden medizinischen Hochschulen bestehen schon seit langem gute Beziehungen.

Sektion Kybernetik und Operationsforschung

Anfang nächsten Jahres wird sich an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Sektion Kybernetik und Operationsforschung konstituieren. Sie wird Spezialisten der Operationsforschung ausbilden und in Weiterbildungskursen bereits in der Praxis tätige Kader mit den Methoden und Techniken dieser Wissenschaft ausrüsten.



In Hannover (unser Bild) wie in Westberlin fordern Studenten: „Enteignet Springer!“, denn

„Bild“ schoß mit

Fünf Münchener Studentenverbände stellten fest, daß die Schuld für die Erschießung des Westberliner Studenten Benno Ohnesorg nicht nur der tödende Beamte trägt: die Verantwortung liegt bei der Springer-Pressen und der Westberliner Polizei, die sich schon seit längerer Zeit zur systematischen Terrorisierung der Westberliner Studentenschaft und ihrer demokratischen Willenskundgebungen vereint haben.

Wenn dieser Satz richtig ist, beantwortet er alle drei Fragen, die wir in unserer vorigen Ausgabe stellten: Was hat Springer den Studenten getan? Hatte Walter Ulbricht recht, als er Kontrolle über die Zeitungskonzerne Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung nannte? Warum 1967 ein solcher Höhepunkt der Anti-Springer-Aktionen?

Ist dieser Satz richtig? Hier die Tatsachen:

Kontroversen Springer gegen Studenten reichen weit zurück. Bis ins Jahr 1962, als sich Westberliner Studenten gegen die Aufbewahrung von für den Menschenraub aus der DDR bestimmten Waffen im Studentendorf Schlachtensee wehrten und Springers Zeitungen ihnen politische Ahnungslosigkeit bescheinigten: 1964, als Springer gegen die Einladung von DDR-Künstlern ins Studentenheim Siegmundhof Sturm lief. Doch Jahre hindurch gegen Springers Zeitungen in Pressestreit auch um studentische Probleme immer öfter den kürzeren gegen das liberale „Spandauer Volksblatt“, das auch im Mai/Juni 1965 die Studenten der Westberliner „Freien Universität“ in ihrem Kampf gegen die politische Meinungsdictatur des damaligen Rektors Lüers unterstützte, was Springers Wirkung Abbruch tat. Als er beschloß, Erbs zu machen, begann er mit massivem ökonomischem und politischem Druck gegen die Besitzer des „Volksblattes“. Heute ist das „Spandauer Volksblatt“ ein billiges, unscheinbares Echo der Westberliner Springer-Pressen. Springers Meinungsmonopol in Westberlin ist vollkommen.

RUFMORD

Er testete es im Oktober/November 1965 zunächst mit einer Rufmordkampagne gegen zwei Studentenfunktionäre — Lefèvre und Dumerow —, die er für den Widerstand zahlreicher Studenten gegen Erhards Formierung der Gesellschaft verantwortlich machte. „Welt am Sonntag“ mimte Volksmeinung und legte damit, den neuen Rektor und den Konvent auf eine politische Linie fest, die gar nicht ihre war, gegen

die aufzutreten sie aber angesichts der aufgepuschten „Öffentlichkeit“ (dies: Presse!) nicht wagten. Alle Zeitungen Springers schossen gegen die zwei Studentenfunktionäre wie gegen alle, die versuchten, sie zu verteidigen. Der Konvent wählte dann prompt die beiden als (allerdings mit knapper Mehrheit) und begründete das ausdrücklich damit, daß der „unliebsame Lärm in der Öffentlichkeit“, der Presse also, sie dazu bewegen habe, nicht die Arbeit der beiden Funktionäre.

ESKALATION DER HETZE

Schon in diesen Veröffentlichungen ließ das Vokabular der Springer-Schreibbelegs alle Hände an: „Extremisten“, „Radikale“, „Schützengilde“, „die Köpfe rollten“. Doch der gelungene Generalprobe folgte eine ständige Eskalation der Verhetzung Springers Journalisten fühlte sich im Kriegszustand mit den Studenten. Ihre Worte bestätigten das: In ihren Beiträgen häuften sich Begriffe aus der Militärsprache: „Zum Sammeln bilden“, „aus der Reserve herbeibeordern“, „in die Defensive zwingen“, „las man in einem einzigen kurzen Artikel“.

Im Januar 1967 veröffentlichte „Der Spiegel“ eine Liste von Synonymen, die Springers Gazetten für „Student“ verwendeten: „Störenfriede“, „Wirrköpfe“, „Radikale“, „Krawallstudenten“, „Schauspielstudenten“, „Radikalstudenten“, „Randalierer“, „Studenten-Randalierer“, „Gemetzelgefährliche Radikale“, „Junge Radikale“, „Radikalität“, „Disziplinlose Radikale“, „Herrschaffen mit Linkskrawall“, „Schreitwüste“, „Junge radikale Universitätsfunktionäre“, „Neurastische Besserwisser“, „Akademische Kampftruppen“, „Ballstarke“, „Roudys“, „Politische Roudys“, „Kraftstücken-Korps“, „Narren“, „Pseudo-Studenten“, „Wölfe“, „Immatrikulierter, mobilisierter Mob“, „Akademische Variante des Gemmiertums“.

Zwischen 1965 und 1967 lagen Hunderte von Artikeln, in denen die Springer-Pressen zuerst systematisch das „Berliner Modell“, die fortschrittlichste Universitätsverfassung in Springers Einflußbereich, als fragwürdig bezeichnete („Wieder Streit um Berliner Modell“ u. ä.), später ganz eindeutig seine Beseitigung forderte: „Berliner Modell kommt langsam in Verfall“, „Berliner Modell vollends aktionsunfähig“, „Berliner Modell nicht wieder von Leben zu fällen“, „Studenten noch nicht reif für Berliner Modell“.

POGROMHETZE

Doch die Eskalation ging weiter. Anfang 1967 forderte „Bild“ schon „Polizeihiebe auf Kratpflöppe“, um

TATSACHENBERICHT

den möglicherweise doch vorhandene Grippe locker zu machen. Mit Pogromhetze dieser Art vergoriete Springer der Westberliner Bevölkerung, Studenten seien die Feinde, gegen die man sich wehren dürfe und müsse, wo und wie man nur könne. Von Springer besteuert und bezahlte Schlägertruppe wurden in seinen Blättern zum „gewaltmässigen Auszug des Volksterritoriums“.

MORD

Außerdem wurden durch diese hysterische Berichterstattung über die hiesigen Wort der Studenten Abschwärzungen mit der Polizei provoziert und zu einem Vorkriegsausgang: „Höhepunkt“ die Polizei in absolute Hemmungslosigkeit versetzt. Dieser Höhepunkt war am 2. Juni 1967, an dem 1000 Westberliner Polizisten sich barbarisch brutal mit Knüppel und Pistolen ausübten. Benno Ohnesorg war das erste Opfer.

Springers Zeitungen bewiesen am nächsten Tag, daß des Pressebüros Ziele noch nicht einmal erreicht waren. Nach dem Mord schrieb „Bild“ „Drakonische Maßnahmen“, „Polizei greift zu spät ein“. Und die Hetze tritt die Verleumdung der Studenten: „Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen“, „Sowjetische Lust an politischem Unruhe“, „Jeder Demonstrant muß wissen, wo gehobelt wird“, „Spann“, „Denn der Kern des Problems liegt genau zwischen der Studentenschaft“. Kurz: Der Ermordete ist schuldig.

Verleumdungen wie Pogromhetze gegen die um ihre Rechte kämpfenden Studenten setzen sich fort bis in diese Tage. Im Oktober erscheint ein „Leserbrief“ mit dem folgenden Passus: „Ich veraprovechere hiermit schriftlich, wer sich mit den Pöbeln unter die Finger gerät, bekommt das erste Schlagknüttel um die Ohren.“ Und Helmut Waiden beschimpft am 22./23. November in der „Welt“ diejenigen, die den Mord an Benno Ohnesorg entgegen der Springerschen Sittenregelung Mord nennen: „Inhaltlich mangolhafte Informiertheit, beschuldigtes Verantwortungsbewusstsein“.

Doch mit der Ermordung Ohnesorgs und ihrer Rechtfertigung durch Springer war der Regen überschlagen. Das „Bild“ mitgeschossen hat, es ist Minister Studenten formalisiert, es ist dermaßen offensichtlich, daß die Zahl der Anhänger der studentischen Forderung „Enteignet Springer!“ ständig wächst.

Noch nicht ganz so weit verbreitet ist die Kenntnis davon, daß Lübke, Strauß, Brandt, Brandt, „Geist der Publikationen“ und eine „noble Haltung des Verlagsinhabers“ Springer pressen, und die daraus folgende notwendige Erkenntnis, daß Frankfurter Jugendstudenten einem Seminar kürzlich an folgende Harten: „Er ist nun die stichhaltige Spitze eines gewaltigen Eisbergs“.

über Springers Krieg gegen die Studenten

AUSLAND

Madriker Studenten verurteilt

Zwei Studenten sind von einem Madrider Gericht zu je einem Jahr Gefängnis und Geldstrafen in Höhe von 15.000 Peseten verurteilt worden. Sie hatten im März 1966 in einem Kapuzinerkloster in Barcelona eine Versammlung geleitet, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde.

Boycott gegen israelische Schulen in Jerusalem

Nur acht von 71 arabischen Lehrern in sieben arabischen Schulen des von Israel okkupierten Teils Jerusalem erklärten sich bereit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, als die israelischen Behörden beschlossen, diese sieben Schulen zu öffnen. Auch von den vorgesehenen Schülern traten nicht einmal die Hälfte.

USA-Studenten: Schluß mit dem Krieg

Gegen die Vietnamaggression der USA demonstrierten vergangene Woche stundenlang mehrere tausend Studenten in San José (Kalifornien). Sie wandten sich insbesondere gegen Werber der Chemiefirma DOW, die Napalm produziert und an der Universität Arbeitskräfte sucht. „Schluß mit dem Krieg“ und „Napalm morden“ riefen die Studenten. Sie verbrannten eine dreilöppige Figur mit den Aufschriften „DOW“, „L.B.“ (Johnson) und „Militär“.

Wie sie es selbst sehen

Frankreichs Erziehungsminister Pellegrini im französischen Parlament: „Das Schicksal ist der Auswanderer äquatorialer Ursprungs vergleichbar — man sucht sich ein paar schöne Bäume aus und verbrennt den Rest.“